



Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und in ausgegliederten Betrieben

UGÖD-Rundbrief 1 / 2017

Liebe UGÖD-Mitglieder,

bewegte Zeiten, aber kein GÖD-Vorstand bis zum 27.2.2017. Die ARGE LehrerInnen verhandelt mit BMB und BKA das vom Ministerrat in den Grundzügen beschlossene „Schulautonomiepaket“, dabei geht es um Arbeitsbedingungen und Personalvertretungsrechte an den Dienststellen von über 120.000 LehrerInnen. Und um Landes-Parteipolitik, Kompetenzen und Machterhalt.

Der ÖGB mobilisiert für 1700 brutto Mindestlohn und gegen eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit hin zu einem 12-Stundenarbeitstag. Und unvermindert steht der öffentliche Dienst unter dem Spardiktat der EU-weiten restriktiven Budgetpolitik, Kostenneutralität gilt als äußerstes Zugeständnis. Frauenpolitik und Politik für Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind im rundumerneuten Regierungsprogramm von Kern-Mitterlehner kaum zu finden, also kein großes Anliegen.

Aktuelle Anliegen der UGÖD sind gerade jetzt GÖD-Aktivitäten zum Stopp der restriktiven Budgetpolitik, ein starker Einsatz für Vermögens-, Erbschafts- und Spekulationssteuern zur Sicherung der öffentlichen Dienste, die Forderung nach einem Mindestlohn von 1700 Euro für den öffentlichen Dienst und ausgegliederte Betriebe, widerständige Stellungnahmen gegen die 12-Stunden-Pläne von Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer und ÖVP-Wirtschaftsbund, sowie eine offensive Unterstützung der ARGE-LehrerInnen-Verhandlungen durch GÖD-Vorstöße bei Finanzminister, Kanzler und Vizekanzler, auch für die bedarfsorientierte Finanzierung von Autonomie- und anderen Reformpaketen im öffentlichen Dienst.

Wir werden sie im ersten Vorstand des inzwischen gar nicht mehr neuen Jahres einbringen. Und nachfragen, warum es im Jänner nicht zur lt. Statut monatlichen Vorstandssitzung gekommen ist.

Glück auf, und einen schwungvollen Start ins neue Jahr 2017
wünschen euch

Beate und Reinhart
UGÖD-Vorsitzende

PS: Der Bildungsförderungsreferent und UGÖD-Vertreter im Vorstand hat nach eineinhalb Jahren ein Büro in der Teinfaltstraße. Das erleichtert unsere Gewerkschaftsarbeit in der „Zentrale“ der GÖD. Das freut uns, entscheidend für unsere Möglichkeiten als GewerkschafterInnen ist aber unsere und eure engagierte Arbeit als parteiunabhängige VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen-Interessen eurer KollegInnen an den Dienststellen und in den ausgegliederten Betrieben!

- Seite 3** **UGÖD hat eigenes Büro in der GÖD**
Ein Jahr lang arbeitete UGÖD-Vorsitzender Reinhart Sellner im Wirtshaus, weil sein Büro versperrt war. Fazit: Obdach statt Odyssee
- Seite 5** **Attacke des Innenministers auf das Demonstrationsrecht abwehren!**
Wir bitten um Mithilfe. Weil es andere als wirtschaftliche Werte zu verteidigen gibt!
- Seite 6** **Schulverwaltungsreform und Autonomiepaket**
Die Unabhängigen GewerkschafterInnen klären auf.
- Seite 11** **Ambitionierter GÖD-Lehrergewerkschafter wird Stadtschulrats-Präsident**
Reinhart Sellner gratuliert dem Kollegen
- Seite 12** **Veranstaltungshinweis: 7. März 2017 „Digitale Arbeitswelt“**
mit Thomas Riesenecker-Caba im Bildungszentrum der AK Wien

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Bundesleitung der UGÖD
Belvederegasse 10/1
A-1040 Wien
Fax: (01) 505 19 52-22
email: office@ugoed.org

Vorsitzende:

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 2:

Medieninhaber (Verleger) sind die Unabhängigen Gewerkschafter/innen im Öffentlichen Dienst (UGÖD).
Die UGÖD ist ein eingetragener Verein (ZVR-Zahl 126495968).

§25, Absatz 4:

Die Blattlinie entspricht den Vereinszielen der UGÖD gemäß Vereinsstatut.

Verweise und Links:

Die UGÖD hat keinerlei Kontrolle über die Websites Dritter und die dort angebotenen Informationen, Waren oder Dienstleistungen.
Die UGÖD übernimmt daher keinerlei Verantwortung, aus welchem Rechtsgrund auch immer, für den Inhalt der Websites Dritter.



UGÖD hat eigenes Büro in der GÖD



**Ein Jahr lang arbeitete UGÖD-Vorsitzender Reinhard Sellner im Wirtshaus, weil sein Büro versperrt war.
Fazit: Obdach statt Odyssee**

Reinhard Sellner ist Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in Österreich. Sein Problem: Er ist politisch unabhängig. Ein Jahr lang musste er daher in einem nahen Wirtshaus arbeiten, weil er in der GÖD zwar ein Büro hatte, dafür aber keinen Schlüssel bekam. Wir begleiteten damals den UGÖD-Vorsitzenden einen Arbeitstag lang mit der Kamera:

youtu.be/rPBfRuT5s_g

Was lange gärt, wird endlich gut



Darf man an Wunder glauben? Man darf. Ein halbes Jahr später sind wir wieder vor der GÖD, der Gewerkschaftszentrale in der romantischen Wiener Innenstadt. Wir bekamen einen diskreten Anruf von Reinhard. Ob der berufliche Wirtshausbesucher nun Obdach bekommen hat? Immerhin ist er bereits 70 Jahre alt.



Reinhard Sellner parkt sein Fahrrad und führt uns stolz in die GÖD-Zentrale. Doch gleich nach dem Portier verlässt er das Gebäude wieder durch die Seitentüre. Sein neues Büro ist nebenan, größer und heller, höher gelegen, im Dachgeschoß - und ruhiger. Reinhard ist ganz begeistert und schwärmt uns lange davon vor, 4 Stockwerke hoch. Es kommt uns wie eine Ewigkeit vor, denn wir sind zu Fuß unterwegs ins Dachgeschoß. Letzte Woche seien 3 Besucher im Lift steckengeblieben, erklärt Reinhard uns entschuldigend. „Wir gehören nun zu den Aufsteigern!“ meint Reinhard, und wieder lacht er. Wir laufen hinter ihm her, die Kamera läuft mit.



Im Dachgeschoß zeigt uns Reinhard stolz seine Chipkarte – endlich ein Büroschlüssel! Fast zwei Jahre wartete er schon auf diesen Moment. Als er uns die Türe öffnet, lacht der junggebliebene Gewerkschafter glücklich wie ein Kind. Doch die Fältchen um seine Augen zeigen auch, die Gewerkschaft ist ein hartes Pflaster.

Ein freundliches, helles Zimmer, zwei Schreibtische, Schränke,

ein kleiner Drucker und viel freier Platz – eigentlich ein ganz normales Arbeitszimmer. Doch für Reinhart ist nichts mehr selbstverständlich. Er bietet uns ein Glas Sekt an. Wir filmen lieber.

Die Büronachbarn sind international und weltmännisch, erklärt uns Reinhart stolz. Hier fühlt sich der Kosmopolit sichtlich wohler als im engen Altbau gegenüber. Sein engstes Team feiert mit ihm, es wird gelacht und geplant und gefachsimpelt.

Ob man als Unabhängiger in der Gewerkschaft mit politischem Gegenwind zu kämpfen hat? „Ich kämpfe nicht allein“, kontert der weißhaarige Gewerkschafter, während er in die Runde blickt. „Wir arbeiten, kämpfen und feiern immer gemeinsam!“ Dann lacht er wieder. Es ist ein trauriges, aber glückliches Lächeln.

Der Film zum Text:

youtu.be/mHBfG20T7Tc



Mehr auf:

diealternative.org/ugod/2017/01/30/ein-buero-fuer-den-vorstand/

Attacke des Innenministers auf das Demonstrationsrecht abwehren!



Weil es andere als wirtschaftliche Werte zu verteidigen gibt!

Innenminister Wolfgang Sobotka reitet derzeit eine massive Attacke auf das Demonstrationsrecht.

Er fordert unter anderem, dass die Anmeldung von Demonstrationen erschwert wird und Demos leichter verboten werden können – etwa wenn sie wirtschaftlichen Interessen entgegenstehen. Darüber hinaus soll die Person, die die Demo anmeldet, für alles haftbar gemacht werden können, was auf einer Demo und rundherum durch DemoteilnehmerInnen passiert.

Das Demonstrationsrecht gehört zu den grundlegenden demokratischen Rechten einer freien Gesellschaft.

Es wäre die Aufgabe eines Innenministers dieses Recht zu schützen.

Doch Innenminister Sobotka setzt stattdessen dazu an, es radikal auszuhöhlen und wirtschaftlicher Kleingeisterei zu unterwerfen.

Dazu sagen wir ganz klar NEIN!

Unterzeichne jetzt die SOS-Mitmensch-Petition zum Schutz des Demonstrationsrechts:

<http://www.sosmitmensch.at/site/petition/petition/16.html>

Und bitte möglichst vielen Menschen weitersagen. Gemeinsam können wir den Angriff auf das Demonstrationsrecht abwehren.

Vielen Dank.

Schulverwaltungsreform und Autonomiepaket (1)

Vorab: Dieses Plakat ist nicht von uns – und die Situation ist verworren. Geht's um ArbeitnehmerInnen-Interessen, um sozial und demokratisch motivierte Bildungspolitik bzw. deren Verhinderung, um Landesmacht- und Parteipolitik? Die Unabhängigen GewerkschafterInnen klären auf.

AUTONOMIEPAKET: Wir haben mehr pädagogische Freiheit gefordert! Jetzt bekommen wir mehr ZENTRALISMUS!

Sie nennen es Autonomie.



Für uns bedeutet mehr Freiheit für den Cluster weniger Freiheit für die einzelne Schule.

Sie nennen es mehr Flexibilität.



Für uns bedeutet das größere Klassen und Gruppen, weniger Individualisierung und ein pädagogisches Sparpaket.

Sie nennen es mehr Unterstützung.



Für uns bedeutet das, Lehrer/innen sollen durch Sozialarbeiter/innen ersetzt werden.

Sie nennen es Qualitätssicherung und Bildungscontrolling.



Für uns bedeutet das mehr Aufwand für Testungen und weniger Zeit für Unterricht.

Sie nennen es eine gerechtere Verteilung der Ressourcen.



Für uns bedeutet es, dass die einzelne Schule Recht und Einfluss auf die Ressourcen verliert.

**Wenn wir jetzt nicht aufstehen,
bleibt die Schule sitzen**



GÖD
Mit Leidenschaft für
unsere Lehrer/innen.

Paul Kimberger, Vorsitzender der APS-Gewerkschaft und der ARGE-Lehrer/innen
Roland Gangl, Vorsitzender der BMHS-Gewerkschaft
Dominikus Plaschg, Vorsitzender der Gewerkschaft Landwirtschaftslehrer/innen
Judith Roth, Vorsitzende der Gewerkschaft Berufsschule
Herbert Weiß, Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft



Unabhängige GewerkschafterInnen zu Schulverwaltungsreform und Autonomiepaket:

**Die Verhandlungen gehen weiter, doch unklar ist:
Wer gegen wen? Wer mit wem, und in wessen Interesse?**

Alles bleibt besser, so wie es ist?

Das sozial selektive Nebeneinander von Pflichtschule und Gymnasium und das Verhindern jeder Bewegung in Richtung gemeinsame Schule für alle, sozial-integrativ und individuell-fördernd? Die restriktive Budgetpolitik des Finanzministers, die kein Abgehen von der neoliberalen Austeritätspolitik zulässt, Einsparungen vorschreibt und Vermögenssteuern verhindert? Die parteipolitischen Machtverhältnisse zwischen Bund (SPÖ-Bildungsministerinnen) und Ländern (machtbewusste Landeshauptmänner, die der Bundes-ÖVP zeigen, wo's langgeht), die bundesweit wirksame Schulreform im Pflichtschulbereich nicht zulassen?

Alles bleibt besser so, wie es ist.

Das scheint auch die Devise der FCG-geführten GÖD zu sein bei den seit Dezember laufenden Verhandlungen der ARGE LehrerInnen mit dem Dienstgeber BMB um die „große Schulreform“ der SPÖ-ÖVP-Regierung. Der medienwirksam inszenierte Neustart hat das nicht geändert. Die seit Wochen „unmittelbar vor dem Abschluss stehenden politischen Verhandlungen“ in der Regierung und zwischen Bund und Landeshauptleuten sollten bis Ende Dezember, verlängert bis Ende Jänner abgeschlossen sein, ebenso die sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen des Bundes (BMB, BKA, aber ohne BMF) mit der GÖD-ARGE-LehrerInnen über Dienstrecht und LehrerInnen-Forderungen in Zusammenhang mit der Schulautonomie.

ArbeitnehmerInnen-Interessen, Landespartei-Interessen, ÖVP-Bildungspolitik, Geheimverhandlungen BMB/BKA - ARGE-LehrerInnen und GÖD-Protestplakate

Folgende Zusammenfassung hat den Ministerratsvortrag Hammerschmid/Mitterlehner vom 18. Oktober 2016 und die Medienberichte in Zusammenhang mit der GÖD-Plakataktion („Wenn wir nicht aufstehen, bleibt die Schule sitzen“) Ende Jänner/Anfang Februar 2017 und parteiunabhängige LehrerInnen-Erfahrungen mit Bildungsreform-Sparpaketen seit Schüssel/Grasser Gehrler zur Grundlage, die GÖD-VerhandlerInnen haben sich mit der Dienstgeberseite auf Verschwiegenheit geeinigt. Fragezeichen im Text zeigen, wie viel ungewiss ist.

Zu Bildungspolitik und Verwaltungsreform:

Die Schulen sollen eigenständiger als bisher ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag nachkommen. Bund (LehrerInnen-Personal, Verwaltungspersonal + Sachaufwand der Bundesschulen) bzw. für APS+BS Bund (Finanzausgleich - LehrerInnenpersonal) und Gemeinden (Verwaltungspersonal, Sachaufwand) stellen das Budget zur Verfügung.

Schulreformen, die in Landes-/Gemeinde-Pflichtschulen¹ und in Bundesschulen² schultypenübergreifend z.B. in APS/Pflichtschule und AHS-Unterstufe umgesetzt werden sollen, brauchen statt der bestehenden Doppelverwaltung durch Landesschulbehörde und nachgeordnete Bundesschulbehörde zumindest eine gemeinsame Verwaltung auf Landesebene (Regierungseinigung auf eine Mischbehörde „Bildungsdirektion“ mit Bundesbediensteten als DirektorInnen, trotz Widerständen in der Bundes-ÖVP, Sobotka, Lopatka u.a.). Die Länder müssten dabei mehr Transparenz und weniger direkten Einfluss auf „ihre“ LehrerInnen und Schulen akzeptieren und damit Gesamtschul-Modellregionen mit NMS und AHS-Unterstufen, die in Vorarlberg, Tirol und Wien angestrebt werden, ermöglichen. Ohne diese verwaltungstechnische Grundlage keine Modellregionen, diese stehen zwar im alten Regierungsprogramm, waren aus Rücksicht auf die Gesamtschulverhinderer in der ÖVP bisher kein Verhandlungsthema, auch keines für den Regierungsneustart 2017/18 von Kern und Mitterlehner.

Zum Autonomiepaket:

Die **Schulen sollen eigenständiger als bisher** ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag und den von Bund (LehrerInnen-Personal, Verwaltungspersonal + Sachaufwand der Bundesschulen) bzw. Bund (Finanzausgleich - LehrerInnenpersonal) und Gemeinden (Verwaltungspersonal, Sachaufwand) gemeinsam zu tragenden, realisierbaren Folgekosten nachkommen.

- ✓ Kleine Schulen, die derzeit wegen SchülerInnenrückgang von Schließung bedroht sind, sollen die **Möglichkeit der Clusterbildung** bekommen (Clustergröße 200 – 1800?)
- ✓ Weniger **Zentralismus** als bisher ist das Ziel (Schulaufsicht nicht mehr bei vorgesetzter Landes- bzw. Bundes-Instanz, sondern Koordinierung, Beratung der Schulen/Cluster bei Schulentwicklung und Evaluation?)
- ✓ **DirektorInnen sollen mehr entscheiden** (mit oder ohne Zustimmung von LehrerInnen, Eltern, SchülerInnen?) und dafür Verantwortung tragen (gegenüber der Bildungsdirektion? Gegenüber der Schule/dem Cluster? Für autonome Entscheidungen in der Schule/im Cluster?).
- ✓ **Schulgemeinschaftsgremien** sollen ihr 2/3-Mehrheitsveto und einige Entscheidungskompetenzen verlieren, aber dann beratend tätig sein. Von einer dem Kompetenzzuwachs der DirektorInnen entsprechenden Stärkung der Personalvertretung an der Schule / im Cluster wurde bisher nichts berichtet.
- ✓ Zur Frage der **Ressourcen für die Schulen/Cluster** gibt es widersprüchliche Meldungen. GÖD-LehrerInnengewerkschafter und BundeselternvertreterInnen befürchten ein pädagogisches Sparpaket, das Bildungsministerium stellt eine derartige Absicht in Abrede, das Finanzministerium verschweigt sich.
- ✓ Die bestehenden Verordnungen über **KlassenschülerInnenhöchstzahlen** sowie Eröffnungs- und Teilungszahlen sollen jedenfalls aufgehoben und die Entscheidungen über Klassen-/Gruppen-Bildungen sollen der Schul-/Clusterleitung übertragen werden (ohne dass einer Schule LehrerInnenstunden weggenommen werden? Ohne dass wegen zusätzlicher Integrations-/Inklusions-Aufgaben immer größere

1 APS (Volksschule, NMS, Poly) und Berufsschule/BS – Landeskompetenz, LandeslehrerInnen, die das Bundesland anstellt und die der Bund per Finanzausgleich für jeweils 5 Jahre finanziert

2 AHS und BMHS – Bundeskompetenz, BundeslehrerInnen, die vom BMB angestellt und bezahlt werden

Klassen entstehen?). Die Richtwerte für die Ressourcenzuteilung sollen nicht mehr verordnet, sondern gesetzlich geregelt und damit auch für kommende Regierungen verbindlich werden (Klasseneröffnungs- und Teilungszahlen wie in den derzeitigen Verordnungen trotz Aufhebung dieser?)

Ohne politische Einigung auf Bundes- und Landesebene wird es keine Antworten auf die vielen offenen Fragen geben, dann bleibt alles so, wie es ist. Bildungschancen nach sozialem Status und Vermögen der Eltern, Reformrhetorik, unkoordinierte Schulentwicklung, unkoordiniertes und unzureichend budgetiertes Reagieren auf soziale und humanitäre Notsituationen wie bisher. Zusatz- und Mehrarbeit ohne zusätzliche Dienstposten, ohne Einrechnung in Stundenkontingente der Schulen und LehrerInnen-Arbeitszeit, ohne Unterstützungs- und Verwaltungspersonal. Ein hoher Preis für die Verlängerung der Regierungskoalition!

FCG-Gewerkschaftspolitik, FSG-GÖD-Gerede und unsere parteiunabhängige Alternative

Wenig zu lesen war bisher von den ArbeitnehmerInnen-Interessen der LehrerInnen, wie sie die KollegInnen der ÖLI-UG in den (5!) LehrerInnengewerkschaften der GÖD und in der ARGE LehrerInnen einbringen, detaillierte Infos dazu auf <https://www.oeliug.at/>.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedeutet aufgabengerechter Ressourceneinsatz bei Klassen- und Gruppenbildung an der Schule, ausgeglichene Aufteilung der anfallenden Arbeiten bei Dienstenteilung, Stundenplan, Schulprojekten. Wie bei allen ArbeitnehmerInnen geht es um den Abbau der seit Jahren gesteigerten Arbeitsbelastung und die Abwehr von „kostenneutralen“ Arbeitszeiterhöhungen anstelle der Aufnahme von zusätzlichem Personal und, wie in jedem Betrieb, geht es um den Schutz vor Vorgesetztenwillkür, insbesondere vor Versetzung an andere Schulen ohne gut geregelt zu erreichendes Einvernehmen, besser und vorbeugend für die Zukunft wären Mitwirkungsrechte des an der Schule/im Cluster gewählten Dienststellenausschusses bei künftigen LeiterInnenbestellungen.

Dazu braucht es eine der Schulautonomie und den neuen Direktionskompetenzen angemessene **Novellierung des LehrerInnen-Personalvertretungsgesetzes**, auch wenn das eine Kompetenzverlagerung von zentralen Bundes- und Landesgremien an die Dienststellenausschüsse bedeutet. Den Zentral- und Fachausschüssen käme, wie den Landes- bzw. Bundesschulbehörden, ein Mehr an Beratungs- und Unterstützungsaufgaben für die Dienststellenausschüsse zu, und regionale Vernetzungsarbeit wird so ermöglicht. Ebenso die weitere Vereinheitlichung des **LehrerInnendienstrechtes** in Richtung Jahresarbeitszeit statt Unterrichtstundenzahlen und All-inclusive.

Die ÖLI-UG fordert seit Beginn der Autonomieverhandlungen:

- Gesetzliches Fixieren der Höchst-/Teilungs-/Eröffnungszahlen, also verbindliche Richtwerte zur Sicherung von Ressourcen für die einzelne Schule
- Stärkung von demokratischen Strukturen
- Soziale, standortbezogene Ressourcen („Chancenindex“) und Planungssicherheit – Bereitstellung ausreichender und aufgabengerechter Budgetmittel durch BMF und Bundesregierung für Bundes- und Landesschulen,
- Mitwirkungsrechte der Schule, insbesondere der Stärkung der Personalvertretung/ des Dienststellenausschusses entsprechend der Stärkung der Schul-/ClusterleiterInnen, ein gemeinsamer DA für alle LehrerInnen (Bundes- und LandeslehrerInnen) einer Dienststelle – konkret: direkte Anrufung der Bundes- bzw. Landespersonalvertretungsaufsichtsbehörde (PVAB) im

Konfliktfall, die binnen 4 Wochen verbindlich entscheidet – kein monatelanger Instanzenweg über den Fachausschuss und/oder Zentralausschuss.

- Mitbestimmung des Dienststellenausschusses/der Personalvertretung bei der Bestellung der Leitung der Schule bzw. der Schulen eines Clusters, solange es keine, von den Betroffenen auf Zeit gewählte Schulleitungsteams gibt.
- mittelfristig: Abgehen von der restriktiven Austeritäts- und Budgetpolitik, vermögensbezogene und ökologische Steuern, Erbschafts- und Finanztransaktionssteuern zur Sicherung und zum Aufbau von Sozialstaat und Bildungswesen

Zwischenstand 3. Februar 2017

Die Sozialpartnerverhandlungen der GÖD mit BMB und BKA haben bisher keine Ergebnisse gebracht, die für ArbeitnehmerInnen an den Schulen Arbeitsbedingungen sowie individuelle und gemeinsame Rechte verbessern. Für die Stärkung der Personalvertretungs- und Mitbestimmungsrechte der KollegInnen „unten“ können sich die Spitzen der AHS- und APS-Gewerkschaft und der GÖD-Chefverhandler nicht erwärmen. FCG-Vorsitzende und FSG-Stellvertreter meinen, dass die bestehende PV-Struktur mit zeitaufwändigen hierarchisch geordneten Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene bleiben soll, wie sie ist. Ein DA an jeder Pflicht-Schule bzw. in jedem Cluster ist offensichtlich in einem Autonomiepaket nicht notwendig. Die direkte Anrufung der zuständigen Aussichtsbehörde durch den DA (ähnlich der direkten Anrufung des Arbeitsgerichtes durch den Betriebsrat gem. Arbeitsverfassungsgesetz) hat es bisher auch nicht gegeben. Das alles entspricht nicht unserem Wunsch, Chancen für mehr Demokratie in der Schul-Arbeitswelt reformorientiert zu nutzen und aufzubauen.

Die Vorbereitung von Protestaktionen (Dienststellenversammlungen gegen Zentralismus und Demokratieabbau), die diffuse Ankündigung „weiterer Maßnahmen“, Protestplakate und Zeitungsinterviews gegen das „pädagogische Sparpaket“ haben keinen wahrnehmbaren gewerkschaftlichen Erfolg gebracht, aber Auswirkungen für die „politische Ebene“. Die Einigung Bund-Länder hat es Ende Jänner nicht gegeben, verbindliche Aussagen + Zeitplan im Neustart-Abkommen der Bundesregierung fehlen. Damit gibt es weiter keine tragfähige Grundlage für die Sozialpartner-Verhandlungen GÖD-BMB/BKA, allerdings würde der Zeitraum für die Verhandlungen Bund-Länder und die GÖD-BMB/BKA ein weiteres Mal verlängert. Wer meint, gewerkschaftliches Ver-Handeln habe wenig mit den Interessen der LehrerInnen an den Schulen zu tun und mehr mit bildungs- und machtpolitischen Partei- und Landespartei-Interessen, auch mit der Meinungsbildung innerhalb der ÖVP, kann dafür gute Gründe nennen. Frage ist aber, was parteiunabhängige InteressensvertreterInnen tun können: Informationen sammeln, zusammenlegen und Licht ins trübe Dunkel unterschiedlicher Interessen bringen, LehrerInneninteressen und parteipolitische auseinanderhalten, an den Dienststellen und in den Gremien der GÖD, in AK und ÖGB aktiv und kompetent arbeiten, geduldig und solidarisch.

Die Verhandlungen zu Verwaltungsreform und Autonomiepaket zwischen Bund- und Ländern sind noch nicht entschieden, die zwischen BMB/BKA und GÖD werden fortgesetzt. Die Mehrheitsverhältnisse im Bund, in den Ländern und in der GÖD sind, wie sie sind. Weil es so ist, bleibt es nicht so. Join the union – change the union. Glück auf!

Reinhart Sellner,
Vertreter der UGÖD im GÖD-Vorstand

Ambitionierter GÖD-Lehrergewerkschafter wird Stadtschulrats-Präsident



Ambitionierter GÖD-Lehrergewerkschafter und SPÖ-Kinderfreund wird amtsführender Stadtschulrats-Präsident in Wien und LehrerInnen-Vorgesetzter

Kollege Heinrich Himmer war bis 20. Jänner eine FSG-Zukunftshoffnung, umtriebiger an seiner Schule, in der LehrerInnenbildung und, soweit ihm Zeit blieb, auch in der BMHS-Bundesleitung, im Zentrallausschuss und bei den Kinderfreunden.

Beim Bundeskongress im vergangenen Oktober kam er in den FSG-Vorstand und wurde in den GÖD-Vorstand gewählt. Mit dem Wechsel an die Spitze des Wiener Stadtschulrates endet bis auf weiteres seine Laufbahn als LehrerInnen- und GÖD-Gewerkschafter, denn für den bewussten Sozialdemokraten und Gewerkschafter wird die parteipolitisch bestimmte Funktion an der Spitze der Wiener Schulverwaltung unvereinbar mit der Arbeit des Dienstnehmervertreters Himmer. Aus der GÖD-FSG-Zukunftshoffnung ist eine Zukunftshoffnung der Wiener SPÖ und ihres Bürgermeisters geworden.

Die Wiener LehrerInnen und ihre Personalvertretungen APS, AHS, BMHS und Berufsschule brauchen einen kompetenten, sozial und demokratisch handelnden Vorgesetzten, der seine Erfahrungen als Gewerkschafter weder verdrängt, noch gegen die ArbeitnehmerInnen-Interessen der Bediensteten einsetzt. Das rote Wien war bis zum 12. Februar 1934 Träger sozialer und demokratischer Reformen, nicht nur im Bildungsressort Otto Glöckls. Allgemeines öffentliches Interesse an Schule und Schulreform und die ArbeitnehmerInnen-Interessen der LehrerInnen, SchulfachlehrerInnen und Verwaltungsbediensteten sind miteinander vereinbar, wenn Bildungspolitik nicht Spardiktaten von Gemeinden, der Bundesregierung und neoliberalen Austeritätsrichtlinien folgt.

Glück auf, Kollege Stadtschulratspräsident!

„Vorwärts, und nicht vergessen...“ (Brecht, Solidaritätslied)

„Bildungspolitik ist Sozialpolitik“ (Alfred Dallinger)

„Ohne uns geht nix!“ (Sigi Maron)

Das meint euer

Reinhart Sellner
UGÖD-Vertreter im GÖD-Vorstand

AUSBLICK:

Der UGÖD-Rundbrief im März 2017 wird überwiegend Frauen und ihren derzeit brennendsten Anliegen gewidmet sein – eure Beiträge sind herzlich willkommen!

Digitale Arbeitswelt

Überblick & Ausblick

Es gibt kaum einen Bereich in der Arbeitswelt, der nicht von Digitalisierung berührt wird. Unsere Arbeitswelt wird sich gravierend verändern – wir sehen Chancen und Risiken – und: Wir wollen uns darauf vorbereiten!

Welche Antworten hat die UGÖD? Welche Forderungen stellt die UGÖD? Welche neuen und alten Fragen fallen uns zur digitalisierten oder digitalen Arbeitswelt ein und wo finden wir angemessene Auskunft?

mit **Thomas Riesenecker-Caba**

Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt forba.at

Moderation: Thomas Vanorek, ugod.at



7. März 2017, 17-19.³⁰h

inkl. Pausen und Buffet

Bildungszentrum der AK Wien

„BIZ“ Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien

Ein Service der **UGÖD** ugod.at

Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und in ausgegliederten Betrieben
Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller, Ed.I.v.: Bundesleitung der UGÖD, Belvederegasse 10/1, A-1040 Wien, office@ugod.org, ZVR-Zahl 126495968